

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Zaklin Nastic, Andrej Hunko, Heike Hänsel, weiterer
Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 19/9055 –

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Katalonien-Konflikt wahren

A. Problem

Bezüglich des Prozesses vor dem Obersten Gerichtshof Spaniens in Madrid gegen zwölf führende Vertreterinnen und Vertreter der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung fordert die Antrag stellende Fraktion die Bundesregierung auf, 1. öffentlich darauf zu drängen, dass im Prozess gegen die führenden Vertreterinnen und Vertreter der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung die rechtsstaatlichen Standards und die Grundrechte der Betroffenen gewahrt werden; 2. sich öffentlich für die Zulassung internationaler Beobachterinnen und Beobachter beim Prozess auszusprechen; 3. sich für eine aus Sicht der Antrag stellenden Fraktion demokratische und zwischen beiden Seiten einvernehmlich ausgehandelte und völkerrechtskonforme Lösung der Katalonien-Frage einzusetzen; 4. jede Beteiligung an der politischen Verfolgung von Vertreterinnen und Vertretern der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung auszuschließen; 5. sich im Ministerkomitee des Europarates für Initiativen einzusetzen, die auf eine friedliche und demokratische Lösung des Konfliktes abzielen; 6. allen wegen „Rebellion“ oder „Auf-ruhr“ politisch Verfolgten, die dies wünschen, in Deutschland Asyl anzubieten.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf **Drucksache 19/9055** abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2019

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Frank Steffel
Berichterstatter

Dr. Nils Schmid
Berichterstatter

Armin-Paulus Hampel
Berichterstatter

Renata Alt
Berichterstatter

Stefan Liebich
Berichterstatter

Manuel Sarrazin
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Frank Steffel, Dr. Nils Schmid, Armin-Paulus Hampel, Renata Alt, Stefan Liebich und Manuel Sarrazin

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/9055** in seiner 101. Sitzung am 16. Mai 2019 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Bezüglich des Prozesses vor dem Obersten Gerichtshof Spaniens in Madrid gegen zwölf führende Vertreterinnen und Vertreter der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung fordert die Antrag stellende Fraktion die Bundesregierung auf, 1. öffentlich darauf zu drängen, dass im Prozess gegen die führenden Vertreterinnen und Vertreter der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung die rechtsstaatlichen Standards und die Grundrechte der Betroffenen gewahrt werden; 2. sich öffentlich für die Zulassung internationaler Beobachterinnen und Beobachter beim Prozess auszusprechen; 3. sich für eine aus Sicht der Antrag stellenden Fraktion demokratische und zwischen beiden Seiten einvernehmlich ausgehandelte und völkerrechtskonforme Lösung der Katalonien-Frage einzusetzen; 4. jede Beteiligung an der politischen Verfolgung von Vertreterinnen und Vertretern der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung auszuschließen; 5. sich im Ministerkomitee des Europarates für Initiativen einzusetzen, die auf eine friedliche und demokratische Lösung des Konfliktes abzielen; 6. allen wegen „Rebellion“ oder „Auf-ruhr“ politisch Verfolgten, die dies wünschen, in Deutschland Asyl anzubieten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage 19/9055 in seiner 37. Sitzung am 26.06.2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage 19/9055 in seiner 39. Sitzung am 26.06.2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage 19/10421 in seiner 36. Sitzung am 26. Juni 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 26. Juni 2019

Frank Steffel
Berichterstatter

Dr. Nils Schmid
Berichterstatter

Armin-Paulus Hampel
Berichterstatter

Renata Alt
Berichterstatter

Stefan Liebich
Berichterstatter

Manuel Sarrazin
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.